nr. 6 – okt/nov 2018

ecke turmstraße

Seite 3: Bürgerbeteiligung verlängert Seite 6–8: Bauen, Boden und Genossenschaften
Seite 9: Konzept für die Bremer Straße Seite 10: Schulhofgestaltung mit Kindern

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 22. Oktober. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Wert von 20 Euro. Unser Bilderrätsel in der Ausgabe 5/2018 zeigte die Skulptur an der Beusselbrücke. Das wusste u.a. Regina Linzbach und hat damit den Gutschein gewonnen – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Integrationspreis des Bezirks Mitte ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000,– € für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Noch bis 31.10.2018 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden.
Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnsitz in Berlin. Hauptkriterien für die Vergabe sind: Integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, Originalität der Idee, mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität.

Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin.
Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises wird durch den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Sascha Schug, sowie den Vorsitzenden des Ausschusses für Integration, Dr. Christian Hanke, vorgenommen.
Vorschläge an das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Weitere Informationen:
www.berlin.de/ba-mitte
Büro der BVV Mitte von Berlin,
Telefon (030) 901 82 45 57

Die nächste Ecke Turmstraße

erscheint Anfang November.
Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind abrufbar unter: www.turmstrasse.de/akteure/ecke-turmstrasse

Termine

Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a

Sprechstunden des Büros KoSP GmbH (Prozesssteuerer im Aktiven Zentrum Turmstraße): Di 9.30–12, Do 15.30–18 Uhr, Telefon (030) 23 94 53 39
Sprechstunden des Geschäftsstraßenmanagements (die raumplaner): Di 15–18 Uhr, Fr 9–11 Uhr, Telefon (030) 23 93 85 08
Öffentliche Mieterberatung (für Mieter in den Milieuschutzgebieten): Mo 16–18 Uhr, Do 10–12 Uhr

Plenum der Stadtteilvertretung (STV)

Das nächste Plenum der STV Turmstraße findet am Montag, 29. Oktober um 19 Uhr statt, Ort: Stadtteilladen Krefelder Straße 1a.

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19–21 Uhr, Treffpunkt: Kontaktstelle PflegeEngagement, Lübecker Straße 19. Alle interessierten Mieter sind herzlich eingeladen! Mehr unter www.wem-gehoert-moabit.de. Dort finden sich auch die Protokolle der bisherigen Runden Tische.

Stadtteilplenum QM Moabit-West

Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem QM Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit, Rostocker Straße 32b. Mehr unter Telefon (030) 39 90 71 95 oder www.moabitwest.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Halbzeit der Erneuerung

Bürgerbeteiligung für die Fortschreibung des Entwicklungskonzepts für Moabit bis 21. Oktober verlängert

Ch. Eckelt

Halbzeit im Sanierungsprozess der Turmstraße – Zeit, Bilanz zu ziehen sowie die weitere Arbeit an geänderte Bedarfe anzupassen und dies mit Anwohnern und Gewerbetreibenden abzustimmen. Im September hatten bereits viele Menschen die Möglichkeit, sich über die Fortschreibung des »Integrierten Entwicklungskonzepts« für Moabit zu informieren und mitzudiskutieren.

Der Hintergrund

Im Jahr 2011 wurde das Sanierungsgebiet Turmstraße festgelegt nachdem das Gebiet im Novemer 2008 in das Bund-Länder-Förderprogramm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (AZ)« aufgenommen worden war. Erklärtes Ziel des Bezirks ist dabei die Reaktivierung und Stabilisierung der Turmstraße als Geschäfts- und Stadtteilzentrum Moabits mit all ihren verschiedenen Funktionen.
Konzeptionelle Grundlage der Planung bis zum voraussichtlichen Ende des Sanierungsprozesses im Jahr 2026 ist das »Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept«, kurz ISEK genannt. Darin sind die Entwicklungsziele und wichtigen Maßnahmen langfristig aufgeführt und begründet. Gleichzeitig wird der Finanzierungsbedarf ermittelt und bei der Senatsverwaltung angemeldet.
Nun, nach der ersten Halbzeit des Sanierungsprozesses, geht es darum die ursprünglichen Zielsetzungen zu prüfen, anzupassen und fortzuschreiben.

Beteiligung der Bürger

Bei der Fortschreibung der Sanierungsziele und Maßnahmen ist die Meinung der Gebietsbewohner sehr wichtig. Gefragt sind ihre Anregungen, Ideen, Wünsche, auch Fragen und Kritik. Das KoSP als gebietsbetreuendes Büro hat dazu eine kleine Ausstellung mit Informationstafeln erarbeitet, mit deren Hilfe man sich ein Bild von den Entwicklungszielen und Maßnahmen für die zweite Halbzeit machen kann. Die kleine Ausstellung wurde bereits auf dem Moabiter Kiezfest am 1. September gezeigt und stieß auf reges Interesse – am Stand der Sanierungsbeteiligten in der Bremer Straße wurde viel diskutiert.
Anschließend wanderte die Ausstellung in den Stadtteilladen (Krefelder Straße 1a), wo auch gebundene Exemplare der Diskussionsfassung des ISEK ausliegen. Eine Woche lang, vom 3. bis 7. September, gab es täglich von 15 bis 18 Uhr die Möglichkeit, die Ausstellung im Stadtteilladen zu besuchen, in den ausliegenden ISEK-Exemplaren nachzulesen und mit den Planungsbeteiligten vor Ort zu diskutieren sowie Anregungen und Hinweise einzureichen.

Verlängerung bis zum 21. Oktober

Im September wurde die Möglichkeit zum Austausch über Entwicklungsziele und Maßnahmen im Sanierungsgebiet bereits von vielen Interessenten genutzt: Inzwischen kleben bereits viele grüne Aufkleberpunkte auf den Plänen – sie markieren Orte, wo Anwohner Handlungs- und Verbesserungsbedarf sehen. Auf Grund der Nachfrage und des großen Interesses wird nun der Bürgerbeteiligungsprozess bis zum 21. Oktober verlängert. Der Besuch der Ausstellung mit individuellem Austausch und die Einsicht in die noch unabgestimmte Entwurfsfassung der ISEK-Fortschreibung (Stand August 2018) ist jeweils dienstags von 9.30 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr sowie donnerstags von 15.30 bis 18 Uhr und freitags von 9 bis 11 Uhr möglich im Stadtteiladen Moabit, Krefelder Straße 1a. Ihre Anregungen und Hinweise können Sie bis zum 21.10.2018 persönlich den Sanierungsbeteiligten vor Ort während der genannten Sprechstunden mitteilen oder schriftlich in den Briefkasten des Stadtteilladens einwerfen. Ansonsten können Sie auch gern per Email schreiben an: turmstrasse@kosp-berlin.de. Ihre Beiträge sollen im weiteren Fortschreibungsprozess berücksichtigt werden, über den Fortgang informiert die Homepage des Aktiven Zentrums: www.turmstrasse.de
Hier kann man nun auch die ISEK-Entwurfsfassung online einsehen und herunterladen, als PDF in 13 Teilen: Unter www.turmstrasse.de/downloads/download-gebiet
Dort findet man auch einen Beteiligungsbogen als PDF. *us*

Bezirk veröffentlicht Vorhabenliste
Berlin-Mitte veröffentlicht als erster Berliner Bezirk eine Vorhabenliste, auf der die laufenden und geplanten Projekte des Bezirks aufgeführt sind. Die Vorhaben werden in einem kurzen Steckbrief erläutert. Die Vorhabenliste umfasst zunächst 50 Projekte, die vor allem vom Jugendamt, vom Stadtplanungsamt und von der Sozialraumorientierten Planungskoordination organisiert werden. Sie soll aber sukzessive erweitert werden. Langfristig wird die Darstellung im Internet optimiert, sodass die Vorhabenliste zukünftig durch eine Such- und Filterfunktion noch übersichtlicher und nutzerfreundlicher gestaltet wird.
Die aktuelle Vorhabenliste findet man unter: www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/buergerbeteiligung/artikel.709774.php

Stadtteilvertretung beschließt ihre Auflösung

Ch. Eckelt

Die Stadtteilvertretung Turmstraße hat auf ihrem Plenum am 27. August mit der laut Geschäftsordnung erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit ihre Auflösung zum 1. November 2018 beschlossen und setzt sich für Neuwahlen ein. Als Grund für die vorzeitige Auflösung wird vor allem die mangelnde Beteiligung der gewählten Mitglieder genannt. Im Protokoll des Plenums heißt es dazu:
»Aufgrund mangelnder Öffentlichkeitsarbeit der Wahlorganisatoren war die Beteiligung bei der letzten Wahl zur StV Turmstraße zu gering und die Stadtteilvertretung hatte zu Beginn nur 14 Mitglieder – zu wenig, um sich dauerhaft und engagiert für Bürgerbeteiligung in Moabit einsetzen zu können. Die Anzahl der Mitglieder ist weiter zurückgegangen, die Beteiligung an den Plena gering und unregelmäßig, die Beschlussfähigkeit war wiederholt nicht gegeben. Es gibt keine funktionierenden AGs, keine(n) Kassenwart(in), zu wenige Sprecher*innen, kaum Öffentlichkeitsarbeit. Mit einer Neuwahl besteht die Chance, wieder deutlich mehr Mitglieder zu gewinnen und vernünftig arbeiten zu können.«

Stadtteilvertretungen (STV) sind ein anerkanntes Gremium der Bürgerbeteiligung in den »Aktiven Zentren« (in Sanierungsgebieten heißen sie auch Betroffenenvertretung). Sie sollen die Interessen der Gebietsbevölkerung im Erneuerungsprozess vertreten, Ansprechpartner für deren Anliegen sein und diese formulieren. Als gewählte Vertreter sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung, Verwaltung und weiteren Akteuren und sollen Informationen in beide Richtungen vermitteln. So nehmen die vom Plenum gewählten STV-Sprecher am monatlich stattfindenden Sanierungsbeirat teil, bei dem die unmittelbar Sanierungsbeteiligten wichtige Informationen zu aktuellen und künftigen Projekten und zum Geschehen im Gebiet austauschen.
Stadtteilvertretungen werden ca. alle zwei bis drei Jahre auf einer öffentlichen Veranstaltung neu gewählt, ihre Mitglieder sind ehrenamtlich tätig.

Die letzte Wahl im AZ-Gebiet Turmstraße liegt noch nicht sehr lange zurück, sie fand im Jahr 2017 statt. Doch schon zur öffentlichen Wahlveranstaltung waren merklich weniger Interessierte gekommen als in den Jahren zuvor. Und hatten die vorhergehenden Stadtteilvertretungen noch 25 gewählte Mitglieder, fanden sich diesmal nur 14 für eine Kandidatur bereit und stellten sich zur Wahl.

Es gibt sicherlich mehr als nur ein oder zwei Gründe, warum das Interesse an der Stadtteilvertretung und ihrer Arbeit so deutlich zurückgegangen ist, einer davon ist sicher auch mangelnde Präsenz insbesondere in der letzten Zeit. Die letzten Einträge auf der Website der STV stammen vom April dieses Jahres. Doch hier soll nicht über die vielfältigen Ursachen gemutmaßt werden. Dies zu analysieren, wird zunächst einmal Aufgabe der STV und der anderen Sanierungsbeteiligten sein. Das Hauptproblem besteht aber sicherlich nicht in einem generell gesunkenen Interesse am Erneuerungsprozess und konkreten Projekten im Gebiet.
Die derzeitigen Sprecher der STV, die noch bis zur Neuwahl amtieren werden, wollen auch das Gespräch mit Baustadtrat Ephraim Gothe bzw. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel zum Thema Bürgerbeteiligung suchen.
Die angestrebte Neuwahl wird jedoch nicht vor Anfang nächsten Jahres stattfinden können. *us*

Spritzen-Abfalleimer in Mitte aufgestellt

Immer wieder beschweren sich Bürger über weggeworfene Spritzen und anderes Drogenbesteck auf Spielplätzen, in öffentlichen Parks und Grünflächen und anderen Orten. Die herumliegenden Spritzen sind nicht nur ein Ärgernis, sondern auch sehr gefährlich: Man kann sich daran verletzen (wie jüngst ein kleiner Junge in Kreuzberg) und sich auf diesem Weg auch infizieren, beispielsweise mit HIV oder Hepatitis. Um diese Gefahr zu mindern, werden jetzt an besonders drogenbelasteten Orten besondere Spritzenentsorgungseimer aufgestellt, nun auch in Mitte.
In den Abfallbehältern sollen die Benutzer der Drogenbestecke möglichst die gebrauchten und verunreinigten Spritzen entsorgen. Die Behälter haben oben nur eine sehr kleine Öffnung, so dass das Drogenbesteck hineinpasst, man aber nicht mit den Händen hineingreifen kann. Die Streetworker des in der Drogenhilfe erfahrenen Vereins Fixpunkt e.V. sollen die Konsumenten über die neuen Entsorgungseimer und deren Standorte informieren und die Behälter auch leeren.
In Moabit sind die Eimer u.a. im Kleinen Tiergarten, einem Hot Spot des Drogenhandels, installiert: am U-Bahneingang Turmstraße neben den Spritzenautomaten, an den Bänken nahe dem Senkgarten im westlichen Teil und im Ottopark an der Ecke Thusnelda-Allee/Alt-Moabit, außerdem am Unionplatz und im Westhafen am U-Bahn-Eingang. *us*

Kommentar

Mehr Mut zur Provinzialität!

Rund 60 % der Zeit, so hört man aus dem Straßen- und Grünflächenamt Mitte, benötigt die Leitungsebene des Amtes bei ihren Gruppensitzungen dazu, über Genehmigungen diverser Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu diskutieren. In den letzten Wochen war es wahrscheinlich sogar noch mehr – da ging es um das Projekt »Dau«, bei dem im Oktober die Berliner Mauer im historischen Kern der Stadt wieder aufgerichtet werden sollte. Für die Kunst und nur vorübergehend, dafür aber von vielen prominenten Fürsprechern unterstützt.
Der Bezirk hat das Projekt erst mal abgelehnt und sich dadurch unter anderem dem Vorwurf der Provinzialität ausgesetzt. Auch von »fortschreitendem Okkultismus der Macht« war die Rede und von einem »unglaublichen Zeichen von Schwäche«. Dabei fehlte den beteiligten Verwaltungen schlicht die Zeit, innerhalb weniger Wochen vor allem die komplexen Sicherheitsaspekte des Vorhabens auszuloten. Die Katastrophe der »Love-Parade« in Duisburg soll sich schließlich nicht im Zentrum der Hauptstadt wiederholen. Jetzt soll ein neuer Anlauf unternommen werden und eine reduzierte Variante für das kommende Jahr beantragt werden.

Etliche Bürger von Mitte dürften das Schauspiel mit klammheimlicher Freude wahrgenommen haben: Es trifft auch mal »die Promis«. Denn in den letzten Monaten und Jahren werden im Bezirk ständig Projekte aufgeschoben und zurückgestellt, weil das Straßen- und Grünflächenamt personell nicht in der Lage ist, sie zu bearbeiten: Die Sanierung von Grünflächen und Spielplätzen bleibt genauso liegen wie die Schaffung von Aufenthaltsqualität im Straßenland, von der Einrichtung von vernünftigen Radwegen ganz zu schweigen. Der Verdacht keimt auf, dass das nicht nur mit Pensionierungen und dem mangelndem Nachwuchs an Bauingenieuren zu tun hat, sondern auch mit den vielen Events im historischen Zentrum, die die Kapazitäten der Amtsleitung auslasten und die stets von »überragender Bedeutung« sind.
Wieso, fragt sich so mancher, muss sich der Bezirk überhaupt mit solchen »Groß-Events« wie dem Dau, der Ausrichtung der nationalen Feierlichkeit zum 3. Oktober oder dem Berlin-Marathon befassen? Wieso kümmern sich nicht ausschließlich die Mitarbeiter des Senats darum? Die sind ja meist auch gleich drei Gehaltsstufen höher eingruppiert als ihre Kollegen in den Bezirken und müssten deshalb eigentlich qualifiziert genug sein. Man wünscht sich ab und an mehr Mut zur Provinzialität im Bezirk und den Hinweis darauf, dass die wenigen Bauingenieure des Bezirks derzeit mit der Ausschreibung von Straßenbauarbeiten in der Ungarnstraße beschäftigt sind und daher jetzt nicht »mal eben schnell« berechnen können, wie sich tonnenschwere Mauerelemente auf den Untergrund Unter den Linden auswirken würden. *cs*

Bildecke

Ch. Eckelt

»Bremer Höhe« heißt ein denkmalgeschütztes Ensemble von Wohnhäusern, die zwischen 1870 und 1913 in Prenzlauer Berg an der Schönhauser Allee errichtet wurden. Anlass der Gründung der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe im Jahr 2000 war die Privatisierung von 520 Wohnungen nach dem »Altschuldenhilfegesetz«.

Ch. Eckelt

»Wie zuverlässig ist die Politik?«

Ein Interview mit Ulf Heitmann, Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe«

Herr Heitmann, Der Preis für Bauland in Berlin schießt in dieser Zeit scheinbar ungebremst in die Höhe, allein im letzten Jahr um mehr als 70 %. In den letzten beiden Jahren stieg der Bodenrichtwert für innerstädtische Grundstücke mit Geschosswohnungsbau sogar um 145 %. Was ist da los?

Ulf Heitmann: (zuckt mit den Achseln) Was soll ich sagen – Kapitalismus?

Als die Bremer Höhe Ende 1999 von der Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP) im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes an einen privaten Investor verkauft wurde, betrug der Kaufpreis 27,75 Millionen DM, heute 14,1 Millionen Euro. Wir haben uns damals als Genossenschaft gegründet und mit viel Mühe, mit Zuschüssen, Investitionszulage und großer Unterstützung durch die Politik diesen Betrag und den noch größeren für die Sanierung zusammengebracht, um in den Kaufvertrag eintreten zu können. Damals gab es noch hier und da die Kritik, dass das zu teuer sei. Heute sind allein die Grundstücke schon zehnmal so teuer. Der Bodenrichtwert lag in unserer Gegend Anfang 2018 bei 5.500 Euro/qm und steigt seitdem immer weiter.

Manche Experten meinen, das läge vor allem an den niedrigen Zinsen …

Viele Reiche wissen nicht mehr, wohin mit dem vielen Geld, weil die Staaten immer weniger Schulden machen und kaum noch Zinsen zahlen. Also wird in Grundstücke investiert. Der Berliner Bodenmarkt verzeichnet quartalsweise zweistellige Zuwachsraten. Das ist ein internationales Phänomen und betrifft nicht nur die Städte. Inzwischen sind auch Ackerflächen und Wälder sehr begehrt, die enorm im Wert steigen.

Auch Rentenfonds und Versicherungen investieren zunehmend in Immobilien. Ebenso kleine Anleger, die ihr Geld gern in Wohneigentum anlegen. Hier scheint es für Preissteigerungen ebenfalls keine Grenzen zu geben. Inzwischen kostet ja selbst eine Hinterhauswohnung in Prenzlauer Berg oft schon 5–6000 Euro/qm – und findet tatsächlich auch Käufer. Für Wohnungen z.B. am Leipziger Platz werden inzwischen Mieten von bis zu 25 Euro/qm verlangt.

Was aber passiert, wenn die Zinsen wieder steigen? Sinken dann die Bodenwerte wieder?

(lacht) In Paris wurden vor der letzten großen Krise im Jahr 2008 Spitzenpreise von 25.000 Euro/qm gezahlt. Nach der Krise waren es »nur noch« 22.000 Euro. Auch in Hochzinsphasen oder nach dem Platzen von Immobilienblasen sinken die Preise kaum.

Trotz der Wohnungsknappheit in Berlin lassen die Eigentümer Grundstücke oft länger brach liegen, bevor sie bauen …

Kein Wunder: der Grundstückswert steigt ja trotzdem. Meines Erachtens könnte die Gemeinde Baugebote verhängen, aber wer will das durchsetzen? Es fehlt an Erfahrung und auch an Personal. Das geht soweit, dass schon Fristen beim Vorkaufsrecht verpasst wurden. Derzeit sind da in Berlin nur punktuelle Eingriffe möglich – strukturell hat sich nichts geändert. Das Land hätte in den 90er Jahren sein Vorkaufsrecht viel stärker ausüben müssen – doch das war damals politisch nicht gewollt. Stattdessen wurden kommunale Immobilien und Grundstücke in großem Maßstab verkauft. Aber irgendwann ist das Privatisierungsportfolio leer. Berlin hat nur noch 9000 eigene Grundstücke, und Schulen usw. müssen ja auch gebaut werden.

Werden in der Bremer Höhe noch Wohnungen frei?

Ganz selten. Es zieht kaum noch jemand aus – bei den Mietpreisen in der Umgebung ist das auch kein Wunder. Selbst Familien mit drei Kindern bleiben lieber in ihrer Drei-Zimmerwohnung, weil in der Umgebung die Mieten für sie unerschwinglich sind – 14 bis 17 Euro/qm nettokalt bei Neuvermietungen sind inzwischen üblich. Auch Trennungen sind in so einer Situation kompliziert. Das bedeutet für viele Menschen eine zunehmende Unfreiheit in ihrer Lebensführung. Da bekommt das Wort »wohnhaft« eine ganz neue Bedeutung.

Baut die Genossenschaft eigentlich, und wie teuer sind dann die Neubauwohnungen?

In Hobrechtsfelde, also kurz hinter Berlin-Buch und schon in Brandenburg, hat die Bremer Höhe 2013/2014 einen Neubau mit neun Wohnungen errichtet – für Baukosten von rund 2.400 Euro/qm, allerdings ohne Keller. Die Bewohner zahlen eine Nettokaltmiete von 8–8,50 €/m². Die Genossenschaftsanteile liegen bei 5–10.000 € je nach Wohnungsgröße.

Derzeit bereiten wir ein weiteres Bauvorhaben vor. Aufgrund der extrem gestiegenen Baupreise sieht hier die Finanzierung ganz anders aus: Die Mitglieder müssen 450 Euro/qm als Eigenanteil übernehmen, die Genossenschaft bringt ebenso viel auf und eine Miete beträgt 9,50 Euro/qm nettokalt. Die Baukosten steigen derzeit so rapide, dass ohne massive öffentliche Förderung die Errichtung preiswerter Neubauten gar nicht mehr möglich ist.

Auch in Berlin bauen junge Genossenschaften neu, beispielsweise an der »Schöneberger Linse« unweit des Südkreuzes. Dort beträgt der Eigenanteil 755 Euro und die Mieten schwanken später, je nach Lage und Ausstattung der Wohnung, zwischen 9,50 Euro und etwa 14 Euro nettokalt. Dort muss aber auch ein Viertel der Fläche für 6,50 Euro für soziale Wohnzwecke zur Verfügung gestellt werden, was bei der derzeitigen Förderung nicht auskömmlich ist, d.h. die Kosten der geförderten Wohnungen werden auf die Miete der Genossenschaftler umgelegt. Das kann nicht Sinn der Förderung sein.

»Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten … Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung.«

Ist nicht auch die Genossenschaft »Studentendorf Schlachtensee« am Bau von zwei Studentenwohnheimen in der Amrumer Straße im Wedding beteiligt?

Sie war an der Planung beteiligt und sollte eigentlich die Häuser nach Fertigstellung betreiben. Durch die steigenden Baupreise ging aber die ursprüngliche Kalkulation nicht auf und die GEWOBAG als eigentlicher Bauherr musste die Zusammenarbeit mit der Genossenschaft aufkündigen, weil sie deren Kosten nicht mehr übernehmen konnte. Der Senat ist aber auch nicht von den starren Mietvorgaben abgerückt, die am Anfang – natürlich auf der Grundlage der damaligen Baupreise – vereinbart wurden. Die Genossenschaft hat deshalb viel Zeit, Geld und Energie verloren, und ich weiß nicht, wie die GEWOBAG die beiden Häuser künftig betreiben will, wenn sie dafür keine Mittel zur Verfügung hat.

Der Senat hat erst kürzlich beschlossen, künftig nicht mehr nur die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften als bevorzugte Partner bei der Vergabe von Grundstücken in »Konzeptverfahren« zu behandeln. Eröffnet das nicht für die Berliner Genossenschaften neue Möglichkeiten, künftig aktiver zu werden?

Meiner Erfahrung nach werden von der Verwaltung die Wohnungsbaugesellschaften bevorzugt. Wir spüren sehr viel Misstrauen und wenig Neugier. Erst kürzlich durfte ich mir von einer leitenden Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen anhören: »Ihr seid ja auch bloß privat.« Dabei wurden nach der Wende vor allem die Bestände der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Berlins von fast 500.000 im Jahr 1990 auf 260.000 im Jahr 2007 abgebaut, während die Genossenschaften trotz des Privatisierungszwangs durch das Altschuldenhilfegesetz im Osten ihre Bestände auf inzwischen rund 190.000 Wohnungen ausgebaut haben. 45 der 80 größeren Wohnungsgenossenschaften bauen derzeit.

Wer also sichert in der Stadt langfristig bezahlbaren Wohnraum, wer ist da der stabile Partner? Der derzeitige Senat stockt zwar den kommunalen Wohnungsbestand wieder auf – auf inzwischen wieder rund 300.000 Wohnungen. Aber politische Mehrheiten können sich ändern und der Abverkauf erneut beginnen. Genossenschaften dagegen pflegen und erhalten ihre Bestände und bauen sie aus. Und es gibt auch noch andere Rechtsformen, die die Grundstücke den Marktmechanismen entziehen und dadurch stabile Mieten sichern, etwa besondere Stiftungen oder Gesellschaften wie das »Mietshäuser Syndikat«.

Der Senat will jetzt nur noch langfristige Erbpachtverträge abschließen und kommunale Grundstücke nicht mehr verkaufen. Dazu hat er den Pachtzins für die nächsten 20 Jahre für Wohnzwecke um die Hälfte gesenkt. Erleichtert er damit auch den Wohnungsbau durch Genossenschaften?

Wenn die Bodenwerte explodieren, nutzt das wenig. Denn dann steigt ja auch der Verkehrswert, auf dessen Grundlage der Pachtzins ermittelt wird. Bei einem Bodenrichtwert von 5000 Euro/Quadratmeter schlägt sich auch dieser halbierte Pachtzins je nach Bebauungsdichte mit vier bis fünf Euro pro Quadratmeter auf die Monatsmiete durch. Damit kann man keine bezahlbaren Mieten anbieten – langfristig schon gar nicht, weil sich ja der Verkehrswert weiter erhöht und die Pachtzinsen später drastisch ansteigen können. Nach der Wende drohte der Luisenstadt eG in Kreuzberg deshalb schon mal eine Verzehnfachung der Pacht, was damals aber durch politische Intervention verhindert wurde. Wer aber garantiert, dass der Senat in zwanzig Jahren ähnlich vorgehen wird?

Und was ist die Alternative? Wie kann das Land Berlin dafür sorgen, dass in der Stadt langfristig bezahlbarer Wohnraum entsteht?

Wie man die Welt retten kann, weiß ich auch nicht.

Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter in für sie überschaubaren Organisationseinheiten die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten. Das ist uns in der Bremer Höhe später auch gelungen. Aber leider sind wir der Ausnahmefall geblieben.

Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung. Derzeit gibt Deutschland beispielsweise 17 Milliarden Euro jährlich für Wohngeld aus – Geld, das an den Vermieter geht und damit auch weiter die Mieten hochtreibt. Und die Frage ist ja letztlich auch, wie zuverlässig die Politik ist. Wer weiß schon, was sie in fünf Jahren macht?

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Boden und Politik

Auf dem Stadtforum präsentiert der Senat seine Liegenschaftspolitik

Das Land Berlin hat im letzten Jahrzehnt in wohl keinem anderen Politikfeld so eine scharfe Wende vollzogen wie in der Bodenpolitik. Das wurde beim Stadtforum am 18. September deutlich, das sich im Friedrichshainer Veranstaltungszentrum Kosmos mit dem Thema »Boden« beschäftigte. Dort erklärte die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher die aktuelle Strategie des Senats, ihr zur Seite stand der Senator für Finanzen Matthias Kollatz.

Der Berliner Bodenmarkt ist außer Rand und Band. Das Schaubild zur Preisentwicklung an der großen Leinwand zeigte eine krasse Kurve, die sich Jahr für Jahr immer steiler nach oben reckt. Gleichzeitig, so erläuterte Professor Guido Spars aus Wuppertal, gehe die verkaufte Fläche fast genauso rapide zurück. Der Teufelskreis aus steigender Nachfrage und sinkendem Angebot gehe auch 2018 weiter, bis Ende Mai seien die Bodenrichtwerte jedenfalls erneut um 21% angestiegen. »Berlin«, so fuhr der Professor für die Ökonomie des Planens und Bauens fort, »rangiert international inzwischen ganz oben auf der Hitliste der Immobilienbranche. Deren Protagonisten begründen ihr Interesse aber auch mit den großen Flächenpotenzial der Stadt.« Im Vergleich zu London, Paris und den meisten anderen Metropolen der Liga, in die die deutsche Hauptstadt preislich aufrückt, habe Berlin noch viele Flächen anzubieten. Insgesamt 54 Milliarden Euro seien im vergangenen Jahr aus dem Ausland in den Ankauf von Immobilien im vermeintlich »sicheren Hafen Deutschland« geflossen – und davon zehn Milliarden nach Berlin. Hier stamme schon 58% des Umsatzes der Immobilienbranche von internationalen Anlegern.

Nach der neoliberalen Wirtschaftslehre müsste jetzt eigentlich der Staat eingreifen und den Markt beruhigen, in dem er massenweise Bauland verkauft, damit die Preise wieder fallen. Angesichts der globalen Nachfrage wären die knappen öffentlichen Bodenreserven dann aber im Nu weg, ohne dass sich irgendetwas ändern würde. Berlin macht genau das Gegenteil, wie der Finanzsenator zuvor dargestellt hatte. Nach der neuen »transparenten Liegenschaftspolitik« des Senats verkauft das Land grundsätzlich keine Grundstücke mehr an Dritte, sondern vermehrt im Gegenteil seinen Grundbesitz – das »Haus der Statistik«, das vom Bund erworben wurde, ist dafür ein erstes Beispiel, oder auch die Mietshäuser in Milieuschutzgebieten, die über die Ausübung von Vorkaufsrechten in den Bestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften übergehen. Vergibt die Stadt dagegen Immobilien, so schließt sie künftig in der Regel langfristige Erbpachtverträge. Dabei verbleiben die Grundstücke im Landesbesitz, nur die darauf errichteten Gebäude gehen an die Vertragspartner. Die zu zahlende Erbpacht wurde per Senatsbeschluss zuletzt um die Hälfte reduziert, bei Wohngrundstücken beträgt sie zum Beispiel nur noch 2,25% des festgestellten Verkehrswertes pro Jahr. Vergeben werden diese Pachtverträge in »Konzeptverfahren«, also nicht an den Meistbietenden, sondern an den mit dem besten Konzept.

»Noch vor wenigen Jahren waren das ziemlich radikale Ideen«, kommentierte die Moderatorin Frauke Burgsdorff. »Kaum einer von uns hätte damals geglaubt, dass die tatsächlich die Politik Berlins bestimmen sollten.« Im Jahr 2004 hatte das Land noch die Wohnungsbaugesellschaft GSW mit ihren 65.000 Wohnungen privatisiert, im Jahr 2009 waren noch Plattenbauten mit öffentlicher Förderung abgerissen worden. Im Jahr 2011 gründete sich die Initiative »Stadt Neudenken«, die seitdem sehr erfolgreich die Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik vorantreibt. Schon ein Jahr darauf stellte das Land die »Politik des Abverkaufs« (Kollatz) ein und ging in den Folgejahren schrittweise zur neuen Liegenschaftspolitik über. Dabei ist sie inzwischen an den Grenzen dessen angelangt, was einer Landesregierung möglich ist. Um noch weiter zu gehen – Katrin Lompscher brachte zum Beispiel die Ausweisung von »Vorkaufsrechtsgebieten« in die Debatte, in denen ähnlich wie in Milieuschutzgebieten die Kommune besondere Vorkaufsrechte hätte – müsste freilich Bundesrecht geändert werden. Über den Bundesrat ist Berlin derzeit an verschiedenen Fronten aktiv. Matthias Kollatz verwies in diesem Zusammenhang auf Erfolge. So sei es beispielsweise gelungen, den Verkauf des Dragoner-Areals in Kreuzberg an Privatinvestoren zu verhindern: »Das war das erste Mal, dass der Bundesrat eine Vorlage zurück gewiesen hat, weil eine Mehrheit der Länder eine Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes fordert.«

Denn auch andere Metropolen in Deutschland stehen vor ähnlichen Problemen. Davon konnten auf den Foren Vertreter aus Hamburg, Frankfurt und München berichten. Dort explodieren die Preise zwar nicht ganz so schnell wie in Berlin. Das liegt aber vor allem daran, dass sie dort schon in der Vergangenheit stark nach oben geschossen sind. Und weil auch Städte wie Kiel oder Mainz oder Stuttgart mit diesem globalen Sog kämpfen müssen, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass sich auch an der Bundesgesetzgebung etwas ändern lässt. *cs*

Ein Entwicklungskonzept für die Bremer Straße

Bei einem Spaziergang wurden mögliche Handlungsschwerpunkte besichtigt

Die Bremer Straße ist lang, sie führt von der Turmstraße bis hinauf an die Siemens-/Quitzowstraße – vorbei an der Arminius-Markthalle und dem Areal der Jugendverkehrsschule (JVS), über die Wiclef- und Waldenserstraße, entlang des Union-Blocks mit dem Park, vorbei am Unionplatz mit dem Schul-Umwelt-Zentrum (SUZ). Die Bremer hat viele eigentlich ganz schöne Ecken – und vor allem hat sie Potenzial.

Das wissen auch die Anwohner, ebenso wie jene, die hier in einer der sozialen Einrichtungen arbeiten oder einen Laden haben. Deshalb war der Spaziergang durch die Bremer Straße am 27. September ungewöhnlich gut besucht. Ca. 50 bis 60 Menschen waren erschienen, um sich bei einer Begehung über jene Orte auszutauschen, die ihrer Ansicht nach Veränderungs- und Verbesserungspotenzial haben. Zu ihnen gehörten Akteure der Bremer Straße wie Vertreter der dortigen Genossenschaftshäuser, Mitarbeiter des SUZ oder der JVS ebenso wie interessierte Anwohner.
Der Hintergrund: Für die Bremer Straße soll ein sogenanntes »Integriertes Entwicklungskonzept« (IEK) erstellt werden. Was natürlich sofort die Frage nach sich zieht, wie die konkreten Maßnahmen, die daraus resultieren würden, überhaupt finanziert werden sollen.
Das Problem: Die Bremer Straße liegt genau an der Grenze zweier sogenannter »Förderkulissen« – eine wird über das Programm »Stadtumbau« gefördert, das andere über das Programm »Aktive Zentren«. Die zuständige Senatsverwaltung als Fördergeber möchte die Bremer Straße nicht in ihrer Gesamtheit einer der beiden Förderkulissen zuschlagen, stellt sich aber vor, dass einzelne Maßnahmen entweder über das AZ- oder das Stadtumbau-Programm finanziert werden.
Der Fachbereich Stadtplanung des Bezirks hat nun ein interdisziplinäres Team (u.a. »Stattbau«, Landschaftsarchitekten, Verkehrs- und Stadtplaner) beauftragt, die Situation zu untersuchen und im Rahmen eines abgestimmten IEK einzelne Projekte daraus abzuleiten.
Und Bedarf gäbe es durchaus: So ließ sich bei der Begehung feststellen, dass das Areal der Jugendverkehrsschule (JVS) auch nachmittags stark beansprucht wird. Zudem ist das Funktionsgebäude stark sanierungsbedürftig. Darüber hinaus würden Betreiber aber auch gern den Standort stärker profilieren und ihn für vielfältigere Aktivitäten im Kiez öffnen, beispielsweise für das so beliebte Urban Gardening.
Auch das Schul-Umwelt-Zentrum SUZ am Unionplatz, dessen Hof ein verstecktes grünes Kleinod ist, könnte eine zeitgemäße Bedarfsanpassung gebrauchen. Das Gebäude ist ebenfalls erneuerungsbedürftig, die Küche inzwischen viel zu klein für die Projekte, die hier stattfinden. Und auch der Unionplatz selbst müsste eigentlich dringend erneuert werden: seit ca. 15 Jahren wurde er in der Pflege stark vernachlässigt, ist zugewuchert und so verwinkelt, dass manche sich unwohl darin fühlen.
Auch die verkehrliche Situation insbesondere am nördlichen Ende der Straße ist vertrackt. Braucht man etwa die Verbindung in die Quitzowstraße wirklich? Dazu sind Verkehrszählungen an dieser Stelle beabsichtigt. Und ließen sich vielleicht idealerweise die Turnhalle, der Skaterplatz und der Lagerplatz des Straßen- und Grünflächenamts (SGA) so neu ordnen, dass auch ein räumlicher Bezug zum ZK/U entsteht? Denn bislang wirkt dieses Kunst- und Kulturzentrum wie abgeschnitten durch die Quitzowstraße. – Aber das sind schon dickere Bretter, die zu bohren wären.

Und auch in der Bremer Straße finden sich etliche Leute und Bürgergruppen, die bereit wären, die Verantwortung zu übernehmen beispielsweise für eine kleine Grünfläche, ein Beet o.ä. Doch das scheitert bislang meist am Widerstand des SGA, das u.a. unsachgemäße Pflege befürchtet.
Die Begehung war erst der Auftakt für eine umfassende Bürgerbeteiligung zur Bremer Straße, bei dem es darum ging, Problempunkte herauszufiltern. Im Januar soll dann ein Workshop mit den Anliegern stattfinden. Das IEK als weitere Handlungsgrundlage soll möglichst noch im 1. Quartal 2019 fertiggestellt werden. *us*

Umbau der Gehwege Turmstraße zwischen Waldstraße/Gotzkowskystraße und Beusselstraße
Derzeit finden Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Gehwege der Turmstraße zwischen der Beusselstraße und der Gotzkowsky- bzw. Waldstraße statt.
Die Gehwege und Bushaltestellen werden erneuert und damit die auf dem Gehweg derzeit markierten Radwege zurückgebaut. Die Radwege werden als Angebotsstreifen auf die Fahrbahn verlegt. Das Vorhaben ist Teil der Maßnahme »Erneuerung der Seitenbereiche« und setzt die bereits umgesetzte Planung in der Turmstraße fort.
Zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Straßenabschnitts wird die Maßnahme in zwei Abschnitte (Nordseite und Südseite) unterteilt durchgeführt. Der Abschluss der Arbeiten ist für Ende des Jahres 2018 vorgesehen.

Ch. Eckelt

Die Bremer Straße hat noch viel Potenzial.

KoSP

Schulhof mit Lesehain

Eine Jury aus Kindern, Lehrern und Erziehern entschied im Wettbewerbsverfahren über die Neugestaltung ihres Schulhofs

Die Jury hat getagt – und entschieden. Das Auswahlgremium, bestehend aus acht Schülern der Klassenstufen 4 bis 6, Erziehern, Lehrern und einem Elternteil, votierte mit deutlicher Mehrheit für einen der drei Entwürfe, die ihnen zuvor von Landschaftsarchitekturbüros zur Neugestaltung ihres Schulhofs präsentiert worden waren.
Es geht um den Hof der katholischen Apostel-Paulus-Grundschule in der Waldenserstraße, der dringend eine umfassende Erneuerung benötigt. Neu an dem Verfahren ist, dass die Einbeziehung der eigentlichen Adressaten – nämlich der Kinder selbst – deutlich über die sonst obligatorische Kinder- und Jugendbeteiligung hinausgeht. Hier konnten die Grundschulkinder nicht nur im Vorfeld ihre Vorstellungen, Ausstattungswünsche und Ideen formulieren, sondern waren auch als Jurymitglieder an der Entscheidung beteiligt. Dieses Verfahren war zuvor schon erfolgreich an der Moabiter Miriam-Makeba-Grundschule erprobt worden, nun ging man sogar noch einen Schritt weiter. Hier hatten die Kinder die Mehrheit in der Jury.
Koordiniert wurde das gesamte Verfahren durch das Büro KoSP als Gebietsbetreuer.
Insgesamt war es ein professionelles Procedere, wie man es von anspruchsvolleren Freiraumplanungen kennt. Zu Beginn waren Grundanforderungen und Eckdaten sowie die »Wunschliste« von Schülern, Lehrern und Erziehern formuliert worden, auf deren Basis drei Landschaftsarchitekturbüros eingeladen worden waren, ihre Vorentwürfe einzureichen: Dabei handelte es sich um die Büros von Bargen, Henningsen Landschaftsarchitekten sowie Planwerkstatt. Diese Vorentwürfe wurden im Vorfeld der Jurysitzung von Fachleuten ausführlich geprüft: hinsichtlich des Funktionierens des Gesamtkonzepts, der Berücksichtigung der Ausstattungsanforderungen und -wünsche, der Einhaltung der Baukostenobergrenze u. a. m.
Bei der Jurysitzung waren nicht nur die Planer und die Jurymitglieder anwesend, sondern auch das Expertengremium, das beratend, aber ohne Stimmrecht das Verfahren begleitete. Dazu gehörten Mitarbeiter des bezirklichen Stadtplanungsamts, ein Bauherrenvertreter vom erzbischöflichen Ordinariat sowie Mitarbeiter des Büros KoSP.
Nachdem der Schulleiter die Anwesenden begrüßt und noch einmal die Vorgeschichte – Abstimmungsgespräche, Ideenfindungsprozess der Schul- und Hortkinder, Wettbewerbsvorbereitungen – rekapituliert hatte, ging es an die eigentliche Arbeit. Jedes der teilnehmenden Büros hatte 15 Minuten Zeit, seinen auf Stellwänden präsentierten Entwurf vorzustellen, danach konnten jeweils Verständnisfragen gestellt werden.
Im Anschluss konnten Meinungen zu den einzelnen Entwürfen ausgetauscht werden, bevor es an die eigentliche Entscheidung im Punktesystem ging. Jedes Jurymitglied konnte einen grünen Punkt für den von ihm favorisierten Entwurf vergeben. Das Ergebnis fiel mit 9 Punkten für das von Bargen-Konzept sehr deutlich aus.
Karsten Ketzner vom KoSP stellte nun den zweiten Schritt vor: Um »das Beste vom Besten zu bekommen«, sollten die begehrtesten Einzelaspekte der unterlegenen Konzepte in das Siegerkonzept eingearbeitet werden. Diese wurden ebenfalls in einem Punktesystem nach Prioritäten ausgewählt. Ganz oben stand dabei der »Lesehain«, der vom Entwurf der »Planerwerkstatt« in verkleinerter Form übernommen werden soll.
Bis zum Jahresende soll nun das Siegerbüro die Vorentwurfs- sowie die Entwurfsplanung fertig stellen. Die Jury soll in beiden Planungsphasen, in denen noch Korrekturen möglich sind, bei weiteren Sitzungen im November und Dezember weiter beteiligt werden. Die eigentlichen Bauarbeiten sollen dann 2019 beginnen und bis zum Spätherbst 2020 abgeschlossen sein.
Es ist die erste grundlegende Erneuerung seit der Schuleröffnung im Jahr 1964, also seit über 50 Jahren. Daraus, so Karsten Ketzner vom KoSP, könne man schlussfolgern, dass die nun zu realisierenden Maßnahmen ebenfalls 50 Jahre lang halten müssen. Insofern seien alle Nutzer um einen pfleglichen Umgang gebeten. *us*

Werkstatt der Senatsverwaltung
Leitlinien für Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung
*Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen lädt unter dem Motto »Gemeinsam Stadt machen!« zur zweiten öffentlichen »Werkstatt zur Entwicklung der Leitlinien Bürger*innenbeteiligung an der Stadtentwicklung« ein. Der Entwurf der Leitlinien-Grundsätze enthält Vorschläge, wie verschiedene Aspekte der Beteiligung ausgestaltet werden sollen.*
In der zweiten Werkstatt geht es darum, den von einem Arbeitsgremium entwickelten Grundsätze-Entwurf zu diskutieren. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, sich mit einzelnen Grundsätzen näher auseinanderzusetzen und eigene Vorschläge zu machen. Zusätzlich werden Gäste, u.a. aus den Bereichen Wohnungsbau, Umwelt und Zivilgesellschaft, ihre Gedanken einbringen.
Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Betroffenen- und Stadtteilvertretungen, Bürgerinitiativen und weitere Akteure der Stadtdebatte.
Sie findet am 15. Oktober von 18 bis 21 Uhr (Einlass ab 17 Uhr) im Vollgutlager der Kindl Brauerei, Rollbergstraße 26 (U-Bhf Rathaus Neukölln) statt. Wegen der begrenzten Anzahl der Plätze ist eine vorherige Anmeldung erwünscht.
Anmeldung und weitere Informationen unter https://leitlinien-beteiligung.berlin.de/werkstatt-2

GSM / die raumplaner

Gelungenes Fest

Das Moabiter Kiezfest zog so viele Besucher an wie noch nie

Ca. 4000 Menschen kamen zum diesjährigen Moabiter Kiezfest am 1. September – ein toller Erfolg für die Organisatoren und Veranstalter. Erstmals wurde es mit dem Moabiter Energietag zusammengelegt, dessen Informations- und Präsentationsstände rund um die Themen Energiesparen, alternative Energien, Klima oder E-Mobilität entlang der Jonasstraße versammelt waren und auf sehr großes Interesse stießen. Eine besonders lange Schlange sammelte sich rechts vor dem Rathaus Tiergarten, wo der ADFC einen kostenlosen Herbst-Check für das Fahrrad anbot, was viele gern in Anspruch nahmen. In der Bremer Straße und vor dem Rathaus präsentierten Moabiter Initiativen, Vereine, Kreative und Gewerbetreibende an zahlreichen Ständen sich und ihre Aktivitäten oder Produkte, luden zu Gesprächen und viele auch zu Kaffee, Selbstgebackenem und anderen Köstlichkeiten ein. Etliche Interessierte informierten sich am Stand des »Aktiven Zentrums« und an den aufgestellten Schautafeln über das aktuelle Erneuerungsgeschehen im Gebiet, über anstehende Projekte und das Entwicklungskonzept ISEK für Moabit, das hier auch in Papierform einsehbar war. Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes und des Gebietsbetreuers KoSP erklärten Pläne und beantworteten zahlreiche Fragen.
Auf der Hauptbühne vor dem Rathaus und der kleineren Bühne an der Bremer Straße versammelte sich das Publikum, um Moabiter Bands, Tänzern und Akrobaten zuzusehen und zu hören. Viele beteiligten sich auch an der von der TIM organisierten Tombola. Vor dem Rathaus boten etliche Bänke Gelegenheit zum Verschnaufen und gemütlichen Zusammensitzen, die auch später bei TIMs Abend mit Filmvorführung vom »Kino für Moabit« und Musik dicht belagert waren. Ein gelungenes Moabiter Highlight – dank der vielen Beteiligten. *us*

Moabiter Suppenfest
Die Stadtteilgruppe Moabit e. V. und das Quartiersmanagement Moabit-Ost laden am Sonnabend den 13. 10. 2018 wieder zu dem nun schon traditionellen Moabiter Suppenfest ein, das von 14–18 Uhr auf dem Platz »am Brunnen« in der Pritzwalker Straße stattfindet.
Hier kochen Anwohner und Einrichtungen aus dem Kiez für Anwohner und alle Kiezbesucher ihre Lieblingssuppen aus verschiedensten Nationen. Auf dem Fest werden diese dann gegen einen kleinen Obolus den Besuchern angeboten. Kichererbsensuppe, Linsensuppe aus Palästina oder eine ayurvedische Süßkartoffel-Orangen-Cremesuppe – für jeden Geschmack ist etwas dabei. Kaffee und einen süßen Snack dazu wird es auch geben. Für musikalische Unterhaltung sorgen das Trio »Buddhi« und die Gruppe »Balladna« um den bekannten Musiker Mahmoud Fayoumi.
Ein weiterer Höhepunkt wird – wie in den vergangenen Jahren zuvor – das Kochduell mit anschließender Siegerehrung sein. In dieser unterhaltsamen Atmosphäre kann man alte und neue Nachbarn treffen, sich austauschen und kennenlernen.
13. 10., ab 14–18 Uhr, Brunnen Pritzwalker Straße, 10559 Berlin
Weitere Informationen gibt es bei der Stadtteilgruppe Moabit e.V., Irene Stephani: Mail an moabiter.kinderhof@berlin.de

»Verfemt – Verfolgt – Verraten«: Lesung und Gespräch
Am Freitag, 12. Oktober wird der jüdische Holocaust-Überlebende Horst Selbiger in Moabit aus seinem Buch »Verfemt – Verfolgt – Verraten« lesen, das in diesem Jahr im Spurbuchverlag erschienen ist.
Darin beschreibt er sein Leben, wie er als 17-Jähriger aus dem Sammellager in der Rosenstraße entkam, wie er mit HJ-Abzeichen heimlich Kinos und Theater besuchte – aber auch den Verlust von 61 Angehörigen im Holocaust. Auch aus seinem Wohnhaus in der Turmstraße wurden fast alle Bewohner/innen deportiert und ermordet.
In der DDR wurde Selbiger als aufstrebender, aber kritischer Journalist drangsaliert und flüchtete in die Bundesrepublik. Hier aber wurde ihm die Entschädigung als »rassisch Verfolgter« verweigert, weil er danach für ostdeutsche Medien gearbeitet hatte.
Horst Selbiger ist heute 90 Jahre alt und lebt in Berlin.
Nach der Lesung steht er auch für eine Diskussion und Fragen zur Verfügung.
Freitag, 12. Oktober 2018, 18.30 Uhr Zunftwirtschaft, Arminiusstraße 2 (hinter dem Rathaus Tiergarten)
Der Eintritt ist frei.

Kino für Moabit
Im Oktober und November setzt »Kino für Moabit« seine Reihe »Schafe (und Hirten)« fort.
Kino-Termine:
12. Oktober – Kinocafé – 16.00 Uhr, Rathaus Tiergarten
11. November, 19.00 Uhr, Musikschule Fanny Hensel
16. November – Kinocafé – 16.00 Uhr, Rathaus Tiergarten
20. November, 19.00 Uhr, Kino in der Heilandskirche
Mehr Informationen und Aktuelles unter:
www.moabiter-filmkultur.de

ArTminius – Markt im Oktober
Am Samstag, 13. Oktober, findet in der Moabiter Markthalle wieder der beliebte Markt für Kunsthandwerk und Design ArTminius statt. Designer, Künstler, Kunsthandwerker und andere Kreative aus Moabit und Umgebung laden mit ihren Ständen wieder zum Schlendern, Stöbern und Entdecken in gemütlicher Markthallen-Atmosphäre ein.
Sa, 13. 10., 10–17 Uhr, Arminius-Markthalle, hinter dem Rathaus Tiergarten

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Uwe Lotan (030) 33 00 28 41
lotan@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15–18 Uhr, Fr 9–11 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Stadtteilvertretung
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten Waldstraße und Birkenstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
(030) 44 33 81-0
team-moabit@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen